



Perlachgucker

Zeitung der DKP Augsburg

Frühjahr 2016

Friedensstadt?

**Augsburger
Konzerne
produzieren
für den Krieg
und
exportieren
den Tod**



Foto: Freedom House (kurzlink.de/fotohoms). Veröffentlicht unter Creative Commons CC BY 2.0

Leben wir eigentlich noch im Frieden, oder haben wir schon Krieg? Einerseits fallen hier keine Bomben, andererseits sind Deutschland und andere Staaten Europas direkt oder indirekt an den Kriegen im Nahen und Mittleren Osten und in Afrika beteiligt – durch Einsätze der Bundeswehr, durch Rüstungsexporte oder durch die finanzielle, technische und propagandistische Unterstützung von Kriegsparteien. Aus der Ramstein Air Base werden von US-Soldaten Drohnen gelenkt, die Bomben abwerfen.

Diese Gemetzeln etwa in Afghanistan, im Irak, in Libyen und in Syrien haben eine seit Jahrzehnten beispiellose Fluchtwelle ausgelöst, die inzwischen auch Europa erreicht hat. Neben viel Hilfsbereitschaft unzähliger Menschen hat die Ankunft von Schutzsuchenden aber hierzulande zu einer Terror-

welle geführt: Nahezu täglich werden Attentate auf Flüchtlingsunterkünfte verübt. 2015 zählte das Bundeskriminalamt nicht weniger als 924 Angriffe und Brandanschläge auf solche Heime – Mehr als zwei am Tag! Die Antonio-Amadeu-Stiftung und die Menschenrechtsorganisation Pro Asyl zählten sogar 1239 Vorfälle.

Doch die Flüchtlinge müssen vor dem Krieg fliehen, weil andere von ihm profitieren: Allein auf Bayern entfiel 2015 ein Anteil von rund 25 Prozent der deutschen Rüstungsexporte. Zu den Profiteuren gehört auch die »Friedensstadt« Augsburg, wie die Informationsstelle Militarisierung (IMI) in Tübingen Anfang vergangenen Jahres belegte: Bei Premium Aerotec werden Teile des »Eurofighter Typhoon« gefertigt, der 2011 für britische Kampfeinsätze in Libyen

verwendet wurde und unter anderem nach Saudi-Arabien und in den Oman exportiert wird. Die Renk AG produziert das Getriebe für den Israelischen Kampfpanzer Merkava. MT Aerospace baut Komponenten für Raketen. Kann man das noch als Frieden bezeichnen?

Wir verlangen ein sofortiges Verbot aller Waffenexporte. Das wäre ein wirksamer Beitrag zum Ende der Kriege, denn spätestens, wenn Waffen abgenutzt und die Munition verbraucht sind, kann nicht mehr gekämpft werden. Außerdem muss endlich Schluss sein mit der Einmischung von NATO und EU in die Angelegenheiten anderer Länder. Diese hat die staatlichen Strukturen zerstört, Millionen Menschen entwurzelt, ins Elend gestürzt und in die Flucht getrieben.

Wozu das Theater?

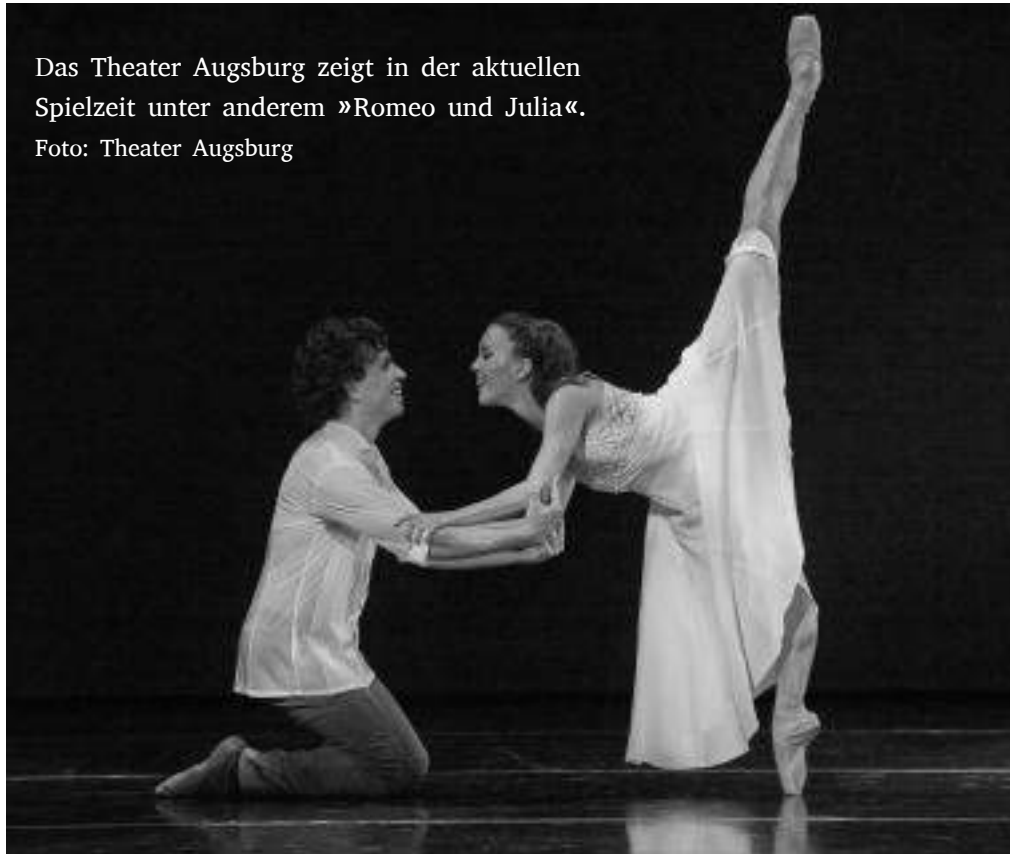
Mindestens 90 Millionen Euro wird Augsburg die geplante Sanierung des Theaters kosten. Jetzt ist das Geschrei groß, doch das Dilemma war absehbar: Über Jahrzehnte ist kaum baulich in das Augsburger Stadttheater investiert worden. Mahnungen, der Zustand sei dauerhaft nicht haltbar, tauchten immer wieder auf, doch sie bewirkten nichts. Die wechselnden Stadtregierungen gaben sich damit zufrieden, dass die repräsentative Fassade zum Kennedyplatz nicht all zu sehr bröselte.

Nun aber ist der Ofen aus: Anfang 2017 erlischt die feuerpolizeiliche Sondergenehmigung für den Spielbetrieb. Das war keine Überraschung. Überraschend war eher, wie schnell die aufzubringenden Baukosten ermittelt werden konnten: 235 Millionen Euro. Dabei drückt die Stadt jetzt schon ein Schuldenberg von 330 Millionen, Tendenz steigend.

Doch als die Not am größten war, kamen die reitenden Boten der Bayerischen Staatskanzlei. Ein Engel mit dem Antlitz von Markus Söder entschwebte den Niederungen des Augsburger Opernballs, zurücklassend ein Förderpaket von 107 Millionen Euro. Und der Wunder nicht genug: Die schwäbische Regierung in ihrer unermesslichen Güte genehmigte der Stadt unter barmherzigem Blick der heiligen Mutter CSU die Aufnahme zusätzlicher Schulden in Höhe von 80 Millionen Euro. Und als drittes Wunder sanken die veranschlagten Baukosten über Nacht auf unerklärliche Weise um 50 Millionen Euro. Das letzte und allergrößte Wunder: Innerhalb eines für Augsburger Verhältnisse unfassbar kurzen Zeitraums von einem halben Jahr einigte sich die Stadtregierung auf ein Konzept für die Sanierung des Theaters. Weniger überraschend: Es wird die Stadt über Jahrzehnte belasten, bis 2039 wird es jährlich 3,85. Millionen Euro kosten.

Nüchtern betrachtet: Augsburg ist eine Arbeiterstadt mit Patriziervergangenheit im Windschatten Münchens. Einerseits sind die Einnahmen geringer, andererseits unterliegt sie dem Zwang, den schönen Schein zu wahren und gegenüber der nahen Landeshauptstadt nicht zu sehr abzustinken. Will Augsburg nicht zum Aschenputtel unter den bayrischen Städten verkommen, bedarf es teurer Kosmetik. Die Kalkulation: Geld in ein repräsentatives Stadttheater zu pumpen, wirkt als Standortfaktor – es zählt die Hülle, nicht der Inhalt. Oder?

Etliche Augsburger verlangten ein transparentes und demokratisches Vorgehen. Doch die Debatte um kommunale Demokratie und kulturelle Entwicklung war schnell beendet, in der breiten Öffentlichkeit blieb nur die Frage der Finanzen: Verbleibt der Stadt mit



Das Theater Augsburg zeigt in der aktuellen Spielzeit unter anderem »Romeo und Julia«.

Foto: Theater Augsburg

dieser zusätzlichen Belastung überhaupt noch ein Spielraum? Sind sozialer Wohnungsbau oder die überfällige Sanierung der Augsburger Schulen nicht ebenso wichtig?

Kaum gestellt wurde die Frage: Für wen soll das Theater eigentlich spielen? Sind Konzepte geplant, damit sich auch Menschen ohne dicken Geldbeutel den Kulturgenuß leisten können?

Ebenfalls kaum aufgeworfen wurde die Frage, woher die finanzielle Notlage eigentlich kommt. Auch anderen Städten geht es wie Augsburg: Die Anforderungen an die Kommunen steigen, nicht aber die Einnahmen. Schon am 10. Oktober 2014 stellte die »Frankfurter Allgemeine Zeitung«, die nicht im Verdacht steht, kommunistische Propaganda zu verbreiten, fest: »Wie hoch der Schuldenstand (der Kommunen) ist, hängt nach einer neuen Studie von Faktoren ab, die kommunale Verwaltung und Politik selbst kaum beeinflussen können. Ein wesentlicher Schuldentreiber sei der Anteil von Hartz-IV-Empfängern, also die Quote der Leistungsbezieher nach dem Zweiten Sozialgesetzbuch (SGB II) im Verhältnis zur Bevölkerung.« Denn die regulären Leistungen nach »Hartz IV« zahlt zwar die Bundesanstalt für Arbeit, doch Sonderleistungen und Zahlungen für die Wohnungsmiete müssen von der Stadt beglichen werden. Auch deshalb belaufen sich die Sozialausgaben der Stadt 2016 nach Angaben der »Augsburger Allgemeinen« auf 330 Millio-

nen Euro, 20 Millionen mehr als im Vorjahr. Das entspricht inzwischen fast einem Drittel des gesamten Haushalts. Der für Soziales zuständige Dritte Bürgermeister Stefan Kiefer hat nur noch 1,6 Millionen Euro zur »freien« Verfügung. Deshalb wird in den Etatberatungen oft um ein paar tausend Euro gerungen, damit etwa Sozialstationen nicht untergehen oder Beratungsstellen Präventionsprogramme anbieten können.

Hartz IV wurde von der damaligen »rot-grünen« Bundesregierung eingeführt und wird auch von CDU und CSU nicht in Frage gestellt. Steuergeschenke für die Großkonzerne bestimmen das Bild, während soziale Leistungen gekürzt oder privatisiert werden. Solange es hier kein grundsätzliches Umsteuern gibt, wird sich an der finanziellen Notsituation auch unserer Stadt nichts ändern.

Deshalb kann die Diskussion um die Sanierung des Theaters und ihre Finanzierung schnell vom Wesentlichen ablenken: In keinem Land Europas ist die Schere zwischen arm und reich in den vergangenen Jahrzehnten schneller auseinander gegangen, als in unserem. »Wachsende Armut und exklusiver Reichtum entstehen, weil die Märkte regieren und der Sozialstaat fahrlässig demoliert wird«, erklärt der Jesuit und Wirtschaftsethiker Friedhelm Hengsbach. Wer das nicht will, muss für ein grundsätzlich anderes Wirtschaftssystem kämpfen. Gerne auch mit Theaterfreunden und Schauspielern.

Augsburger Jugendliche protestieren gegen die Bundeswehr Kein Kanonenfutter für die Profite

Vor zwei Jahren forderte Bundespräsident Joachim Gauck, Deutschland müsse »mehr Verantwortung« in der Welt übernehmen. Seither hat sich die Zahl der Rüstungsexporte aus der Bundesrepublik mehr als verdoppelt. Die Bundesregierung scheut auch nicht davor zurück, Waffenlieferungen an Staaten wie die Türkei oder Saudi-Arabien zu genehmigen, die Krieg führen und islamistische Terrorbanden unterstützen. »Mehr Verantwortung« zu übernehmen, bedeutet demnach auch, 1200 Soldaten in Kampfflugzeugen nach Syrien zu schicken, 650 Militärs in Mali zu stationieren oder unter deutscher Führung NATO-Kriegsschiffe in die Ägäis zu schicken.

»Mehr Verantwortung« bedeutet für die Herrschenden in Deutschland vor allem »mehr Soldaten«. Mit einer gigantischen Werbekampagne versucht die Bundeswehr deshalb, Jugendlichen eine Karriere als Soldat schmackhaft zu machen. Dabei gibt die Bundesregierung in den geltenden »Verteidigungspolitischen Richtlinien« ganz offen zu, dass die Aufgabe der Bundeswehr ist, »einen freien und ungehinderten Welthandel sowie den freien Zugang zur Hohen See und zu natürlichen Ressourcen zu ermöglichen«. Was wirklich zählt, sind also die Profite der Konzerne. Den Kopf dafür soll die Jugend hinhalten.

Ganz gezielt werben Jugendoffiziere der Bundeswehr auf Ausbildungsmessen und in Schulen um neues Kanonenfutter – und sie haben damit Erfolg. Jedes Jahr fehlen bundesweit immer noch über 300.000 betriebliche Ausbildungsplätze. Die offiziellen Statistiken sollen uns immer wieder vom Gegenteil überzeugen, doch in diesen werden nur diejenigen als ausbildungs-



suchend eingerechnet, die sich tatsächlich beim Amt als solche gemeldet haben und in keiner der »Maßnahmen« der Arbeitsagenturen stecken. Für Jugendliche, die keinen Ausbildungsplatz bekommen, erscheint die Bundeswehr als Alternative.

Wir aber wollen nicht zuschauen, wie junge Menschen, die ihr Leben noch vor sich haben, ihren Kopf für die Profitinteressen deutscher Konzerne hinhalten müssen. Aus diesem Grund versuchen wir immer wieder, Werbeauftritte der Bundeswehr in Schulen und Messen zu stören oder inhaltlich zu begleiten. Auch in Augsburg wollen wir die Bundeswehr nicht in Ruhe lassen.

Am 27. Februar präsentierten sich die Streitkräfte etwa in Augsburg auf der Messe »Fit For Job«. Gemeinsam mit der ver.di-Jugend, der AG Friedliche Uni Augsburg, der Augsburger Friedensinitiative und der DFG-VK organisierte die Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ) einen Informationsstand vor dem Messegelände. Zeitweilig konnte der Stand der Bundeswehr realistischer gestaltet werden, indem sich Jugendliche mit »blutverschmierten« T-Shirts als Leichen vor ihn legten (siehe Foto). Von vielen Besuchern und einigen Mitarbeitern der Messe ernteten die Jugendlichen Lob für diese plakative Aktion.

Schüler fordern kostenlosen Nahverkehr

Mit einem landesweiten Aktionstag haben Bayerns Schülerinnen und Schüler am 18. März für ein kostenfreies oder zumindest günstiges Ticket für den öffentlichen

Nahverkehr demonstriert. Der Aktionstag, in dessen Rahmen auch in Augsburg Jugendliche vom Königsplatz durch die Innenstadt zogen, war Teil der Kampagne

»Tickets für alle«. Bislang bekommen Schüler, die mehr als drei Kilometer von ihrer Schule entfernt wohnen, eine Fahrkarte gestellt, allerdings nur bis zur 10. Klasse. »Und dann? Dann heißt es, abgesehen von einigen wenigen Ausnahmen, selber zah-

len! Wenn man Glück hat und innerhalb des Stadtgebietes wohnt, sind das etwas mehr als 50 Euro im Monat, mit steigender Tarifstufe wird es noch mehr. Ganz schön viel Geld für einen Schüler und vor allem: ganz schön viel für angeblich kostenlose Bildung!« So fragt die Kampagne auf ihrer Homepage im Internet.

Unterstützt wird die Kampagne unter anderem von der SDAJ Bayern. In Augsburg sammelten deren Mitglieder in den vergangenen Wochen Hunderte Unterschriften unter die Petition, mit der die Landesregierung zu entsprechenden Schritten aufgefordert wird. Sie kann online unterzeichnet werden unter: <http://kurzlink.de/tickets-fuer-alle>



Augsburg bekommt Stolpersteine



Augsburg bekommt »Stolpersteine« zum Gedenken an die Opfer des Faschismus. Nach jahrelangen Diskussionen und dem unermüdlichem Werben des Initiativkreises »Stolpersteine für Augsburg« beschloss der Stadtrat am 17. März einstimmig (!) den »Augsburger Weg« der Erinnerung an die Opfer der Nazidiktatur. Dieser Weg, den eine Kommission des Stadtrats seit 2014 ausgearbeitet hat, sieht drei Möglichkeiten der Erinnerungskultur vor. Dazu gehören neben den Stolpersteinen auch Gedenktafeln und Stelen. Die Anregung zur jeweiligen Ehrung kann von Angehörigen oder von bürgerschaftlichen Initiativen kommen. Die letzte Entscheidung über das »ob« und »wie« des Gedenkens soll bei den Angehörigen des jeweiligen Opfers liegen.

Die Gedenktafeln und Stelen sind als Alternativen zum Beispiel für Familien gedacht, die sich nicht mit Stolpersteinen anfreunden können oder diese ablehnen. Sie sollen nach einem Künstlerwettbewerb einheitlich gestaltet werden und an Laternen-

oder Straßenschildermasten angebracht werden. Vor allem die Spitze der Israelitischen Gemeinde hatte die Stolpersteine abgelehnt, weil sie befürchtete, durch diese Form des Gedenkens könnten die Opfer »noch einmal mit Füßen getreten« werden. Andere entgegneten, dass sich jeder, der die Inschrift auf dem Stolperstein lesen wolle, vor den Opfern verneigen müsse. Alle Seiten zeigten sich schließlich jedoch mit dem nun gefundenen Modell zufrieden. Kulturreferent Weitzel bestätigte auf der Stadtratssitzung zudem, dass der »Augsburger Weg« bereits bestehende Erinnerungsmale nicht zur Debatte stelle.

Der Initiativkreis, der sich seit Jahren für die Verlegung von Stolpersteinen einsetzt, sprach von einem »guten Tag für Augsburg«. Der Konflikt um die geeignete Form des Gedenkens sei elegant gelöst worden. Auch die DKP Augsburg begrüßt die gefundene Lösung und hat bereits beschlossen, die Patenschaft für einen oder mehrere Stolpersteine zu übernehmen.

Wer AfD wählt, stimmt gegen sich

Zum Ergebnis der Landtagswahlen am 13. März in Sachsen-Anhalt, Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg stellt Wera Richter, stellvertretende Vorsitzende der DKP, fest: »Die AfD ist eine Partei der Banken und Konzerne. Ob es um das Asylrecht, um Kriegspolitik oder um den Mindestlohn, um Steuerpolitik oder Hartz IV geht, die AfD steht für eine asoziale Politik gegen die Bedürfnisse der arbeitenden Menschen. Auch viele Beschäftigte und Erwerbslose, Rentnerinnen und Rentner sowie Jugendliche haben die AfD gewählt. Sie haben gegen ihre

eigenen Interessen gestimmt. Die verlogene AfD-Propaganda behauptet, die Rassisten wollten die sozialen Probleme lösen. Linke Politik heißt, den arbeitenden Menschen eine Alternative dazu anzubieten. Wir fordern ein Bleiberecht für alle Flüchtlinge. Wir fordern, dass die Banken und Konzerne zur Kasse gebeten werden, um für Unterbringung und Integration der Flüchtlinge zu bezahlen. Das Geld, das in neue Rüstungsprogramme gesteckt wird, gehört in den Wohnungsbau und in die Bildung.«

**UZ-Pressesfest
Volksfest der DKP**
1.-3. Juli 2016 • Dortmund
Revierpark Wischlingen

uz-pressesfest.de

**Kauft den
Soli-Button zur
Finanzierung
des Festes**